

DIE LINKE.Fraktion im Lüdenscheider Rat, Albrechtstr. 2,
58507 Lüdenscheid

An den
Bürgermeister
Sebastian Wagemeyer

DIE LINKE

Fraktion im Lüdenscheider Rat

Josef Filipppek

Fraktionsvorsitzender

Albrechtstr. 2

58507 Lüdenscheid

Telefon 0176 54185318

josef.filipppek@rat.luedenscheid.de

Otto Ersching

Ratsherr

Telefon 01525 1017418

otto.ersching@rat.luedenscheid.de

www.dielinke-maerkischer-kreis.de

Antrag: Solidarisch mit den Beschäftigten bei Kostal

24.07.2022

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Wagemeyer,

DIE LINKE beantragt zur nächsten Ratssitzung am 26.09.2022:

1. Der Rat der Stadt Lüdenscheid verurteilt auf das Schärfste die beabsichtigte Vernichtung von qualifizierten und guten tariflich bezahlten Arbeitsplätzen der Firma Kostal und die beabsichtigte Verlagerung dieser ca. 900 Arbeitsplätze aus Produktion und Verwaltung ins osteuropäische Ausland an den Standorten Lüdenscheid, Meinerzhagen und Halver.
2. Der Rat der Stadt Lüdenscheid fordert Kostal auf, sich den Herausforderungen der Transformation zu stellen und die Produktion an den bestehenden Standorten zukunftssträchtig aufzustellen. Die bestehenden Arbeitsplätze in der Märkischen Region müssen erhalten bleiben.
3. Der Rat der Stadt Lüdenscheid stellt sich solidarisch an die Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie des Betriebsrates der Firma Kostal.

Begründung:

Am 22.06.2022 wurde die Belegschaft der Firma Kostal und die Öffentlichkeit informiert, dass die gesamte Produktion der Kostal-Automobil-Elektrik bis 2024 ins Ausland verlagert wird. Hierdurch werden ca. 900 Arbeitsplätze abgebaut. Eine bisher nicht bekannte Anzahl von Beschäftigten von Zulieferbetrieben wird von dieser Maßnahme ebenfalls betroffen sein.

Der Verlust dieser Arbeitsplätze wird – wenn sie nicht verhindert werden – weitreichende Konsequenzen für die Region haben. Sie werden kaum ersetzbar sein.

Die Geschäftsführung behauptet, dass die Produktion in Deutschland verlustreich sei. Einen Beweis dafür, hat sie bisher nicht vorgelegt.

Gleichzeitig hat aber auch Kostal Corona-Hilfen bekommen und hat sich seinen arbeitsvertraglichen Verpflichtungen durch Kurzarbeit entzogen. Diese Subventionierungen müssten von Kostal zurückgezahlt werden, wenn die Arbeitsplätze abgebaut werden.

Kostal ist ein global wachsendes Unternehmen. Es besteht keine wirtschaftliche Not. Trotzdem hat bereits ein erster Stellenabbau 2018/2019 in der Produktion stattgefunden. Die Gewinnmaximierung steht augenscheinlich im Vordergrund.

900 Arbeitsplätze bedeutet 900 Familien, die nach der Entlassung mit einem geringen Arbeitslosengeld und nach der Arbeitslosigkeit mit Hartz4 auskommen müssen. Die Familien fallen in Armut, eventuelle Ersparnisse werden aufgezehrt.

Für die Städte Lüdenscheid, Meinerzhagen und Halver fällt eine starke Kaufkraft weg. Der starke Wirtschaftsstandort Lüdenscheid und südlicher Märkischer Kreis wird nachhaltig geschädigt.

Kostal entzieht sich mit dem Stellenabbau seiner sozialen Verantwortung. Der Bezug zum Artikel 14 des Grundgesetzes findet keine Beachtung, denn hier heißt es im Absatz 2: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen

Freundliche Grüße
Jupp Filippek
Fraktionsvorsitzender

Otto Ersching
Ratsherr